



REGIO LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
204 · Ausgabe Region Bern · Januar 2023



DIE BISHERIGEN: Tamara Funciello, Bern; Matthias Aebischer, Bern; Nadine Masshardt, Bern; Flavia Wasserfallen, Bern.

NATIONALRATSWAHLEN 2023

Das sind die Kandidat:innen aus der Region Bern-Mittelland

Am regionalen Parteitag vom 14. November 2022 nominierten die Delegierten zuhänden des kantonalen Parteitags die Kandidat:innen der SP Region Bern-Mittelland für die Nationalratswahlen vom 22. Oktober 2023. Sie müssen am kantonalen Parteitag vom 1. Februar 2023 noch bestätigt werden.

Nebst den vier bisherigen Nationalratsmitgliedern Matthias Aebischer, Tamara Funciello, Nadine Masshardt und Flavia Wasserfallen stellen sich einige bekannte Persönlichkeiten zur Verfügung, darunter Grossratsmitglieder sowie Gemeinderats- und Parlamentsmitglieder aus der ganzen Region, aber auch neue Gesichter.

Nicht zuletzt dürfte es der ausgewogenen regionalen Verteilung zu verdanken sein, dass es am Parteitag nicht zu einer Ausmarchung gekommen ist. Schliesslich wurden 24 Genoss:innen nominiert – exakt so viele, wie der Regionalverband auf den kantonalen Listen Plätze zugeteilt erhalten hat.

Wir danken den Sektionen, dass sie das Ihre dazu beigetragen und dies ermöglicht haben. Denn aus der Vergangenheit wissen wir, dass Ausmarchungen bzw. Nicht-Nominierungen zu Frust und persönlicher Enttäuschung führen können.

Ständeratskandidatur und JUSO-Spitzenkandidaturen aus Bern

Die Ständeratskandidatur von Flavia Wasserfallen aus Bern – und damit aus unserer Region – wird für die Kandidierenden zusätzlich motivierend sein und die Kampagne positiv verstärken. Ferner kommen – mit Sofia Fisch, JUSO-Vertretung im Berner

Stadtrat, und Jakob Walczak, Präsidiumsperson Juso Stadt Bern – auch die Juso-Spitzenkandidaturen aus unserem Einzugsgebiet.

Wir freuen uns schon jetzt auf einen engagierten Wahlkampf und danken allen Kandidat:innen und ihren Sektionen für die Bereitschaft. Denn: Zusammen wollen wir Partei ergreifen. Für eine soziale Schweiz und für unseren Planeten.

SP Region Bern-Mittelland

Der SP Region
Bern-Mittelland
auf Facebook folgen:
[www.facebook.com/
spreigionbern](https://www.facebook.com/spreigionbern)



DIE NEUEN



Lena Allenspach
Stadträtin, Bern



Karin Berger-Sturm
Grossrätin, Grosshöchstetten



Claudia Cepeda
Parlamentsmitglied, Köniz



Karin Fisli Grossrätin und
Gemeinderätin, Meikirch



Maurane Riesen
Grossrätin, La Neuveville



Meret Schindler
Grossrätin, Bern



Edith Siegenthaler
Grossrätin, Bern



Rita Sidler
Parlamentsmitglied, Köniz



Mirjam Veglio
Grossrätin, Zollikofen



Pascal Cuttat
SP International



Christian Gremaud
Bern



Stefan Jordi
Grossrat, Bern



Michael Grossenbacher
Vechigen



Jan Köbeli
Muri-Gümligen



Stefan Bänz Müller Grossrat
und Gemeindepräsident, Wohlen



Linus Schärer
Parlamentsmitglied, Münsingen



Ueli Schmezer
Bern



Chandru Somasundaram
Stadtrat, Bern

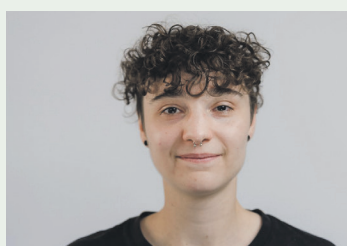


David Stampfli
Grossrat, Bern



Daniel Wildhaber
Alt-Grossrat, Münsingen

DIE JUSOS



Sofia Fisch
Stadtratsmitglied, Juso Stadt Bern



Jakub Walczak
Juso Stadt Bern

INTERVIEW MIT DEN CO-PRÄSIDENTINNEN DER SP STADT BERN

Verantwortung im Krisenmodus wahrnehmen



Lena Allenspach, Stadträtin (links), und Meret Schindler, Grossrätin (rechts), führen seit dem 29. März 2021 im Co-Präsidium die SP Stadt Bern.

Liebe Lena, liebe Meret, im März 2021 von den Delegierten als Co-Präsidentinnen der SP Stadt Bern gewählt, seid ihr nun fast zwei Jahre im Amt – gleich lang, wie ich euch als Parteifunktionärin begleiten darf. Im «Regiolinks» vom März 2021 habt ihr eure Vorstellungen für ein sozialdemokratisch geprägtes, solidarisches Bern bekannt gegeben. Damals war die Coronavirus-Krise noch stark präsent, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen kaum absehbar, während Sitzungen zum Teil noch online stattfanden. Trotzdem lautete euer Credo: «Wir wollen eine Stadt, in der alle Menschen gleichgestellt sind.» Seht ihr diese sozialpolitische Forderung als erfüllt?

Lena: Wir bewegen uns immer noch in einer Krise. Wir erleben derzeit einen massiven Kaufkraftverlust, und es herrscht Krieg in Europa. Gerade jetzt braucht es einen starken und sozialen Staat. Aktuell sind wir mit einem weiteren erheblichen Anstieg der Mieten konfrontiert. Der Referenzzinssatz steigt seit Jahren zum ersten Mal. Hinzu kommen massiv höhere Heiz- und Nebenkosten. Besonders bei tieferen Einkommen macht die Miete einen grossen Anteil des Haushaltsbudgets aus. Als SP stärken wir die Kaufkraft der Menschen gezielt. In diesem Krisenmodus, der seit unserem Amtsantritt anhält, haben wir unsere Verantwortung wahrgenommen.

Meret: Bereits nach kurzer Zeit konnten wir uns regelmässig physisch treffen. Das war nicht zuletzt für die Meinungsbildung sehr wichtig, und wir haben uns klar positioniert – indem wir uns zum Beispiel für *einen* Kanton Bern und gegen einen Stadtkanton aussprachen. Auf städtischer Ebene sind die Herausforderungen gross. Zum Beispiel lassen sich Fragen über die Mitsprache von Men-

schen auf städtischer Ebene nur beschränkt beantworten, obwohl die Antworten aus SP-Sicht klar sind. Die städtische Politik ist halt stark von Kanton und Bund geprägt. Dort sind bereits kleine Schritte Erfolge. Klar ist aber: Die Gleichstellung aller Menschen in Bern ist noch nicht erreicht.

Je nach Thema braucht es auch in der linken Stadt Bern einen grossen Effort, um sozialdemokratischen Forderungen zum Durchbruch zu verhelfen. Kritisch gefragt: Warum geht da nicht mehr, wenn die SP stärkste Partei und Teil des seit dreissig Jahren regierenden Rot-Grün-Mitte-Bündnisses ist?

Lena: RGM hat in den letzten dreissig Jahren die Stadt Bern zu dem gemacht, was sie heute ist: eine Stadt mit hoher Lebensqualität. Bevölkerung und Unternehmen fühlen sich in dieser Stadt wohl. Das zeigen die neusten Befragungen. Klar, es gibt immer Verbesserungsbedarf. Aber dafür machen wir schliesslich Politik. Als SP gehen wir mit Vollgas in die zweite Halbzeit.

«Wir erleben derzeit einen massiven Kaufkraftverlust, und es herrscht Krieg in Europa.»

Meret: Im Verlauf der vergangenen dreissig Jahre hat es durchaus Verbesserungen gegeben. In den 1990er-Jahren war die Abwanderung der Familien gross, die Bevölkerung der Stadt Bern schrumpfte. Der Scherbenhaufen der bürgerlichen Politik musste zuerst zusammengekehrt werden. Das hat etwas gedauert. Seit Ende der Neunziger- und Anfang der Nullerjahre konnte die Lebensqualität für alle stetig gesteigert werden. Kitas gab es vor dreissig Jahren nicht oder nur wenige, der öffentliche Raum war für Parkplätze statt für Menschen vorgesehen, und es kam zu mehreren tödlichen Verkehrsunfällen – um nur drei Beispiele zu nennen. Das ist nicht mehr so. Die Strassen Berns sind heute verkehrsberuhigt, Tempo 30 und 20 ist eher die Norm denn die Ausnahme, und Wartelisten für Kita-Plätze sind Geschichte. Das hat die SP, zusammen mit RGM, erreicht. Auch gibt es immer mehr bezahlbaren Wohnraum. Zudem wird der öffentliche Verkehr ausgebaut. Denn eine grössere Stadt benötigt mehr und bessere ÖV-Anschlüsse.

Der Budgetprozess im Stadtrat war intensiv. Die SP Stadt Bern wies stets darauf hin, dass auch bei angespannter Finanzlage dringender Investitionsbedarf besteht. Lena, nachdem die SP wochenlang von der Presse totgeschwiegen und nur das bürgerliche Narrativ verbreitet wurde, bekamst du noch Gelegenheit zu einem Interview («Berner Zeitung» vom 19. November 2022), um die Argumente der SP/JUSO-Fraktion darzulegen. Kannst du uns nochmals kurz über den Budgetprozess berichten und auch, warum das Defizit der Stadt Bern unter den aktuellen Umständen verkraftbar ist?

Lena: Den ganzen Budgetprozess aufzurollen, würde den Rahmen dieses Interviews sprengen. Kurz gesagt: Der Budgetprozess war lang und intensiv. Die Stadt Bern wächst. Wir müssen in neuen Schulraum, in die Infrastruktur und in bezahlbaren Wohnraum investieren. Weiter gibt es Projekte, mit denen die Stadt im bürgerlichen Kanton eine Führungsrolle einnimmt. Das ist auch so gewollt. Es stehen wichtige Investitionen an, die wir nicht aufschieben können. Ausserdem enthält das Budget bereits Entlastungsmassnahmen in der Höhe von 42 Mio. Franken, und die letzten Rechnungen sind jeweils besser ausgefallen

als prognostiziert. Das Defizit ist deshalb aus meiner Sicht verkraftbar.

Meret: Und auch hier: Jahrzehntlang wurde durch die bürgerliche Baupolitik in der Stadt kaum renoviert und angepasst. Später, zu Beginn der RGM-Zeit, mussten die Investitionen weiter aufgeschoben werden. Deshalb können wir nun in der Stadt endlich diese Geschäfte an die Hand nehmen und auch modernen Schulraum planen.

Lena, aus den eigenen Reihen wurdest du für das Interview gelobt, von anderen kritisiert. In den Online-Kommentaren wurde zum Teil auf dich als Person fokussiert. Wie gehst du zum einen mit der Kritik politisch Andersdenkender um, wie zum anderen mit sexistisch gefärbten Online-Kommentaren?

Lena: Ich lese diese Online-Kommentare bewusst nicht. Denn leider sind diese immer Bestandteil des öffentlichen Diskurses. Inhaltliche Kritik gehört ebenfalls dazu, gerade wenn man sich bei einem Thema exponiert. Damit rechne ich auch. Für mich war jedoch klar, dass dieses Budget für die Bernerinnen und Berner von grosser Bedeutung und die einseitige mediale Berichterstattung so nicht tragbar ist. Ein Nein zum Budget hätte verhindert, dringend nötige Investitionen weiter voranzutreiben, etwa in den Schulhausbau. Und eine Ablehnung wäre auf Kosten der Schwächsten gegangen, die auf die öffentliche Hand angewiesen sind.

Im Juni 2021 wurde vor der Heiliggeistkirche ein Mann of Color von einem Polizisten zuerst in den Bauch getreten, bevor ihm dieser ein Knie auf den Hals drückte. Die SP/JUSO-Fraktion reichte in der Folge eine dringliche Motion ein und forderte den Gemeinderat auf, die politische Verantwortung zu übernehmen. Vor Kurzem ist es erneut zu einem Vorfall gekommen, bei dem – gemäss Experteneinschätzung – wiederum unverhältnismässige Gewaltanwendung im Spiel war. Wo müsste angesetzt werden, damit sich in Bern keinerlei solche Vorfälle mehr ereignen?

Meret: Es gibt hier einige Rezepte. So sollten Menschen mit einem C-Ausweis als Polizist:innen ins Polizeikorps aufgenommen werden können, um Vorurteilen vorzubeu-

gen. Auch ist ein Ticketsystem denkbar. Dieses würde es kontrollierten Personen ermöglichen vorzuzeigen, dass sie bereits vor Kurzem von der Polizei kontrolliert wurden. Eine kantonale Ombudsstelle ist ein weiteres Rezept und entspricht einer langjährigen Forderung der SP. Wenn alles nichts nützt, sollte wieder zum alten Modell mit der Stadtpolizei zurückgegangen werden. Aus meiner Sicht täte es den angehenden Polizist:innen gut, wenn sie während ihrer Ausbildung einmal als Privatperson in die Reithalle in den Ausgang gingen. Das würde ich auch jedem Polizeidirektor und jeder Polizeidirektorin vor Amtsantritt wärmstens ans Herz legen.

Die SP Stadt Bern hat an der Vernehmlassung zur Teilrevision des kantonalen Polizeigesetzes teilgenommen. Sollte sie unverändert durchkommen, hätte dies einschneidende Konsequenzen für die Gemeinden. Welches sind die zentralen Forderungen der SP Stadt Bern im Rahmen der Vernehmlassung an den Regierungsrat?

Meret: Keine Kameras! Weder Bodycams noch solche, die der Kanton aufhängen und von den Gemeinden finanzieren lässt.

Nun ein Blick in die Zukunft: Im Herbst wird in Bern und in Ostermundigen über die Fusion der beiden Gemeinden abgestimmt. Die SP Stadt Bern und die SP Ostermundigen haben sich in einer gemeinsamen Medienmitteilung für die Fusion ausgesprochen. Welche Chancen, aber auch Herausforderungen seht ihr in der Fusion?

«Eine Fusion bietet nebst den Arbeitsbedingungen für die kommunalen Angestellten auch viele Vorteile für die ganze Bevölkerung.»

Lena: Eine gemeinsame Zukunft verspricht für die Bevölkerung von Ostermundigen und der Stadt Bern Vorteile – beispielsweise im Bereich der Digitalisierung oder durch eine gemeinsame Raum- und Verkehrsplanung. Mit der Fusion kann das Ziel einer nachhaltigeren Stadtentwicklung und stadtverträglichen Mobilität besser erreicht werden. Eine Fusion bietet natürlich auch grosse Herausforderungen. So ist für uns klar, dass wir keine Anpassungen der Standards nach unten wollen, beispielsweise beim Service public.

Ablehnend zum Fusionspaket hat sich der VPOD Stadt Bern geäussert. Er kritisiert, dass seine zentralen Forderungen nicht verhandelt worden seien (Arbeits- und Lohngarantie für das Ostermündiger Personal, Weiterbeschäftigung gemäss den Hierarchiestufen und Funktionen des städtischen Personals, Besitzstandsgarantie betreffend Rente). Für die SP, die ja auch Gewerkschaftspartei ist, sind diese Forderungen doch eine Selbstverständlichkeit. Ist das Vertrauen, das die SP mit ihrer befürwortenden Stellungnahme in den Gemeinderat setzt, gerechtfertigt?

Meret: Die SP Stadt Bern hat sich klar geäussert: Was sozialpartnerschaftlich geregelt ist, sollen die Sozialpartner aushandeln. Eine Fusion bietet, nebst den Arbeitsbedingungen für die kommunalen Angestellten, auch viele Vorteile für die ganze Bevölkerung: Raumplanung, Wohnungssuche und Verkehr hören nicht an einer unsichtbaren, fliessenden Gemeindegrenze auf. Es ist nicht fair, wenn eine Familie bezahlbaren Wohnraum im Osten von Bern sucht, damit die Kinder die Schule nicht wechseln müssen, aber dann – durch den Umzug über die Gemeindegrenze – nicht mehr in der Stadt partizipieren kann. Hier geht es einerseits um die Kita-Plätze, andererseits natürlich auch um die demokratische Mitbestimmung. Geografisch sind die beiden Gemeinden bereits seit Langem zusammengewachsen. Für uns steht – wie schon von Lena ausgeführt – fest: Ein Abbau des Service public kommt nicht infrage. Verschlechterungen für die Angestellten sind somit auch nicht vorgesehen.

Interview: Eva Schmid, geschäftsführende Parteisekretärin SP Stadt Bern

BLEIB AUF DEM LAUFENDEN UND FOLGE UNS AUF DEN SOZIALEN MEDIEN:



www.facebook.com/spstadtbern



www.instagram.com/spstadtbern



twitter.com/SP_Stadt_Bern